

Medienspiegel Woche 4 / 2017



St. Gallen / Fremdsprachen / Französisch / Biedermann Horst / PHSG / Pisa / Hausaufgaben / Lehrfreiheit
Rheinzeitung, 18. Januar 2017

Motivierte Lehrpersonen wichtiger als Art des Schulsystems **1**

Schule Schweiz, 18. Januar 2017

St. Gallen will Akzeptanz des Primarfranz verbessern **2**

Aargau / Initiativen / Zahlenbuch / Bern / Pichard Alain / Pulver Bernhard / Zeugnis / Schwyz
Tages-Anzeiger, 25.01.2017

Gegner planen neue Angriffswelle auf Lehrplan 21 **3**

Tages-Anzeiger, 25.01.2017

Der neue Kampf der Lehrplan-Gegner **4**

Schule Schweiz, 25. Januar 2017

Unzufrieden mit Zahlenbuch **5**

Schule Schweiz, 26. Januar 2017

Lehren aus der Berner Zeugnisposse **6**

Zürich / SOL / Digitalisierung / Elternrat / NINIHO / Baer Thomas / Ökonomisierung / Sprache / Sparen
Zürcher Unterländer, 28. Januar 2017

Der neue Verein «Eltern und Bürger für eine starke Schule» **8**

SRF, 18. Januar 2017

Digitale Revolution im Klassenzimmer **9**

Kindgerechte Schule, 12.26.2016

Radikale Schulreformen 2006-2016 **10**

NZZ am Sonntag, 29.01.2017

Wir brauchen klare Worte, keine leichte Sprache **11**

NZZ am Sonntag, 29.01.2017

1 Milliarde in der Bildung weggespart **12**

Linke / Ökonomisierung / Lehrplan 21 / PISA / BOLOGNA / HarmoS / Bildungsstandards
Schule Schweiz, 24. Januar 2017

Thesen zu linker Bildungspolitik **13**

Eltern / Kochen / Essen / Fertigprodukte / Hauswirtschaft / Time-out / IV
20Minuten, 18. Januar 2017

«Gewisse Eltern schauen lieber TV, als zu kochen» **16**

20Minuten, 25. Januar 2017

«Manche Eltern machen ihre Kinder zu Kranken» **18**

Nein zum Lehrplan 21

Für eine volksnahe Schule

Filme von Veranstaltungen

Alain Pichard, Beat Kissling u. a.

<http://nein-zum-lp21.ch/aktuelles/>

Immer aktuell

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/>

Rheinzeitung, 18. Januar 2017

Motivierte Lehrpersonen wichtiger als Art des Schulsystems

ST. GALLEN - Welches Schulsystem ist das beste? Diese Frage lässt sich wissenschaftlich nicht beantworten. Der Liechtensteiner Erziehungswissenschaftler Horst Biedermann weiss – motivierte Lehrpersonen sind der Schlüssel zu guter Bildung.



Der Rektor der pädagogischen Hochschule St. Gallen, Horst Biedermann, hat zahlreiche Bildungsthemen wissenschaftlich untersucht. (Foto: zvg)

«Die Forschung zeigt, dass das Bildungssystem wenig Wirkung hat», erläutert Horst Biedermann, Rektor der Pädagogischen Hochschule St. Gallen im «Volksblatt»-Interview. Die ursprüngliche Initiative hinter dem PISA-Projekt sei gewesen, die Wirkung der Bildungssysteme miteinander zu vergleichen. Dieser Versuch sei jedoch gescheitert, schliesslich zeigten sich die «olympischen Länderlisten» nicht entlang der Schulsysteme. «In jedem System gibt es erfolgreiche Klassen und weniger erfolgreiche», stellt der Wissenschaftler klar. Es bringe also wenig, von oben herab ein Schulsystem zu diktieren und dann darauf zu setzen, dass auf allen Ebenen Optimierungen eintreten.

Schulautonomie stärken

«Letztendlich kommt es auf die Menschen an, welche in dem System unterrichten», so Biedermann. Daher plädiert er dafür, den verantwortlichen Menschen und damit auch den Schulen mehr Autonomie zu übertragen. «Hier sollten eigene Profile wachsen können, entlang der identifizierten Ressourcen und Stärken», hält Horst Biedermann fest. Schliesslich seien Lehrerteams motivierter, wenn sie ihr eigenes pädagogisches Konzept erarbeiten und umsetzen könnten. Das sei das Grundelement erfolgreicher Schulen.

Horst Biedermann sieht in einer starken Schulautonomie keine Laissez-Faire-Politik. «Die Politik setzt die gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Lehrplan gibt dazu die zentralen und von allen einzuhaltenden Zielsetzungen vor.» Wie diese Ziele aber letztlich erreicht würden, das solle den Schulen freigestellt werden, betont er: «Dafür sind sie ja die Expertinnen und Experten, deren Ressourcen es sinnvollerweise optimal zu nutzen gilt.»

<http://www.rheinzeitung.ch/nachricht.aspx?p1=fl&id=132451&src=vb>

Das ganze Interview

Rheinzeitung, 25. Januar 2017

<http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/Rheinzeitung-18.-Januar-2017.pdf>

oder

<http://archiv.rheinzeitung.ch/>



Seite: 8 & 9

St. Gallen will Akzeptanz des Primarfranz verbessern

Im Februar 2014 wurde im Kantonsrat ein parteiübergreifender Vorstoss eingereicht: Vertreter von CVP, FDP, GLP, SP und SVP verlangten Auskünfte über die praktischen Erfahrungen mit dem Unterricht von zwei Fremdsprachen in der Primarschule.

Französischunterricht soll Primarschulfach bleiben, St. Galler Tagblatt, 18.1.

Die Regierung solle unter anderem die Meinungen von Schulleitungen, Lehrkräften und von betroffene Eltern analysieren. Und sie müsse aufzeigen, ob der Französischunterricht ab der fünften Klasse aufgehoben und in die Oberstufe verlagert werden solle.

Relevanz unbestritten

Diesem Auftrag ist die Regierung inzwischen in einem Bericht nachgekommen, der in einer der kommenden Sessionen behandelt wird. Sie stützt sich dabei auf ein «kantonal erhobenes Meinungsbild» ab. Das Erlernen von Fremdsprachen werde als schwierig erachtet, die Relevanz sei aber unbestritten, fasst sie das Ergebnis zusammen. Rund die Hälfte der Befragten kritisiere, dass zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe erlernt werden. Eine substantielle Begründung für diese Kritik lasse sich aber aus der Befragung nicht herleiten, stellt die Regierung fest. Vor allem finde die These, dass die Schülerinnen und Schüler mit dem Erlernen von zwei Fremdsprachen in der Primarschule überfordert wären, keine Bestätigung: Sowohl in einer Studie wie auch in der kantonalen Erhebung gebe es keine Belege für eine generelle Überforderung durch den Fremdsprachenunterricht.

Die Regierung kommt deshalb zu zwei Schlussfolgerungen. Die eine: Die Strategie des Kantons für den Fremdsprachenunterricht sei tragfähig. Die zweite: Im subjektiven Empfinden eines erheblichen Teils der befragten Personen sei der Französischunterricht «tendenziell unbeliebt und entsprechend wird sein Sinn angezweifelt».

Französischunterricht verbessern

Objektiv bestehe kein Anlass, vom Sprachenkonzept abzuweichen, hält die Regierung fest. Vor allem sei darauf zu verzichten, den Französischunterricht «gewissermassen zum Selbstzweck» auf die Oberstufe zu verschieben. Dies wäre «staatspolitisch ungut» und würde «zu belastenden Auseinandersetzungen» um die verhältnismässige Gewichtung auf der Oberstufe führen. Die Regierung kündigt aber konkrete Massnahmen an, die die Akzeptanz des Französischunterrichts verbessern sollen. Auf das Schuljahr 2017/18 werden zwei Differenzierungslektionen – Unterricht in Schülergruppen – eingeführt. Diese Stärkung des Französischunterrichts stosse auf breite Zustimmung.

Weiter werde das «der modernen Mehrsprachendidaktik» verpflichtete Lehrmittel «dis donc!» bereitgestellt. Die Lehrkräfte würden darauf mit obligatorischen Weiterbildungskursen vorbereitet. Weiter sei bei der Unterrichtsorganisation, bei Entlastungsmassnahmen sowie bei der Weiterbildung anzusetzen.

1 Kommentar: Urs Kalberer, 18. Januar 2017

In der DDR stützte das Presseorgan "Neues Deutschland" die Regierung und deren Politik. In St. Gallen braucht man dafür das Tagblatt.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/01/st-gallen-will-akzeptanz-des.html#more>

KR Bericht 40.16.11

Fremdsprachen in der Volksschule

<https://www.ratsinfo.sg.ch/content/ris/home/sessionen.geschaeftdetail.html?geschaeftid=1B4EF033-F95A-4AAF-BEAC-9E36789DEA2D&ziel=1>

Tages-Anzeiger, 25.01.2017

Gegner planen neue Angriffswelle auf Lehrplan 21

Die Kritiker der Schulreform geben nicht auf: Sie organisieren sich über die Kantonsgrenzen hinaus.

Raphaela Birrer

Trotz Niederlagen an der Urne geben die Gegner des Lehrplans 21 nicht auf. Im Gegenteil: Nachdem letztes Jahr in der Ostschweiz mehrere Initiativen gescheitert sind, formieren sich die kantonalen Komitees neu, bereiten weitere Vorstösse vor – und ändern dabei auch ihre Strategie. Bisher hatten sie mehr politische Kontrolle gefordert, indem die Kompetenz für die Schulreform von der Regierung zum Parlament hätte verschoben werden sollen. Nun gehen die Begehren noch weiter, wie eine Umfrage des TA in den Kantonen zeigt. Das Volk soll nicht nur über die politische Zuständigkeit für die Lehrpläne, sondern auch über deren konkrete Inhalte entscheiden. Ein erster Gradmesser für dieses Vorgehen sind die anstehenden Urnengänge in der Nordwestschweiz. Im Aargau wird bereits am 12. Februar darüber abgestimmt, einen Fächerkatalog ins Gesetz zu schreiben, in dem im Lehrplan 21 vorgesehene neue Bereiche nicht enthalten sind. So weit reichte bisher keine Initiative.

Das soll nach dem Willen der Lehrplan-Gegner erst der Anfang sein: Die Komitees mehrerer Kantone gleisen eine neue Zusammenarbeit auf – mit dem Ziel, noch grundlegendere «Korrekturen» an den kantonalen Volksschulgesetzen in die Wege zu leiten, wie Irene Herzog-Feusi vom federführenden Schwyzer Komitee gegen den Lehrplan 21 sagt. Im Fokus stehen die Bildungsreformen der letzten Jahre: «Nicht der Lehrplan allein ist das Problem. Die Volksschulgesetze aller Kantone sind unter dem Radar der Bevölkerung hindurch verschlechtert worden.» So müsse etwa eine starke Stellung der Lehrer gegenüber den Schulleitern und der «ausufernden Bildungsbürokratie» gesetzlich verankert werden.

Der Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz, Stephan Schleiss, glaubt nicht, dass die Initiativen Mehrheiten finden werden. «Die Erfahrung zeigt, dass die Bürger Vertrauen in die geltenden Zuständigkeiten haben.» Er sei aber gesprächsbereit, sollten die Lehrplan-Gegner den Dialog suchen. Für Jürg Brühlmann vom Lehrerverband LCH ist der Widerstand Symptom eines Unwohlseins über globale Entwicklungen: Viele Menschen befürchteten einen sozialen Abstieg, den sie mit guter Bildung ihrer Kinder vermeiden wollten. «Die Politiker haben es versäumt, der Bevölkerung den globalen Kontext und die Schattenseiten der Reformen in den Schulen zu erklären.»

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/lehrplan-21-gegner-formieren-sich-zu-neuem-widerstand/story/22561792#mostPopularComment>

Tages-Anzeiger, 25.01.2017

Der neue Kampf der Lehrplan-Gegner

Keine Initiative gegen den Lehrplan 21 ging bisher so weit wie jene im Aargau. Doch die Abstimmung im Februar ist erst der Anfang: Die Gegner des Reformprojekts formieren sich neu.

Raphaela Birrer

Die Rede ist von «Erpressung», «Lügnern» und «Experimenten mit Kindern»: Es ist ein gehässiger Kampf, der zurzeit im Aargau ausgetragen wird. Der Kanton stimmt am 12. Februar über eine Initiative gegen den Lehrplan 21 ab – und die politischen Kontrahenten schenken sich nichts. Denn es geht um viel: So soll zum Beispiel ein fixer Fächerkatalog ins Gesetz geschrieben werden. Dieser schliesst in der Primarschule eine zweite Fremdsprache sowie Technik, Medien oder Informatik aus – Bereiche also, die mit dem Lehrplan 21 Einzug in die Schulzimmer halten. Zudem soll es einen Rahmenlehrplan für den Kindergarten und Jahresziele für die Schule geben. Beides widerspricht dem klassenübergreifenden Zyklen-Modell im Lehrplan 21.

Damit geht die Aargauer Initiative deutlich weiter als die Volksbegehren, die letztes Jahr in anderen Kantonen an die Urne kamen. Bisher wollten die Gegner die Kompetenz über den Lehrplan meist vom Regierungsrat zum Parlament verschieben, um die politische Kontrolle über das Reformprojekt zu erhöhen. Doch davon wollte das Volk nirgends etwas wissen: weder im Thurgau (75 Prozent Nein-Stimmen-Anteil) noch in Schaffhausen (69 Prozent), Appenzell Innerrhoden (Landsgemeinde) oder Baselland (53 Prozent). In St. Gallen wurde zudem eine Initiative zum Ausstieg aus dem Harmos-Konkordat mit 70 Prozent Nein-Stimmen deutlich abgelehnt; das Fernziel der Urheber war die Verhinderung des Lehrplans 21.

Der Unterschied

Obwohl die Lehrplangegner bislang überall gescheitert sind, ist die Nervosität im Aargau gross: «Durch die Hintertür soll in der Primarschule die zweite Fremdsprache abgeschafft werden», sagt Thomas Leitch, SP-Grossrat und Co-Präsident des gegnerischen Komitees. Ein Alleingang seines Kantons hätte Probleme für die Lehrerausbildung an der gemeinsamen Fachhochschule der Nordwestschweiz zur Folge, gibt der Sekundarlehrer zu bedenken. «Doch die Initianten verbreiten Unwahrheiten und versuchen, die Bevölkerung gegen die Behörden aufzubringen. Ein Ja ist darum möglich», so Leitch.

Die Erfolgchancen beurteilt Elfy Roca vom Initiativkomitee gleich: «Wir sind sehr optimistisch. Es ist uns trotz massiver Behördenpropaganda gelungen, eine Debatte über die Grundlagen der Volksschule zu lancieren.» Bestrebungen zur Abschaffung der zweiten Fremdsprache gebe es auch in anderen Kantonen, und in die gemeinsame Lehrerausbildung in der Region komme wegen verschiedener Initiativprojekte ohnehin Bewegung, sagt die Primarlehrerin und Heilpädagogin.

Tatsächlich wird sich das Volk in der Nordwestschweiz demnächst mehrfach zum Lehrplan 21 äussern können; in Solothurn bereits am 21. Mai. Dabei unterscheiden sich die anstehenden Initiativen in diesen Kantonen von jenen in den Ostschweiz – und könnten darum zum Gradmesser für das weitere Vorgehen der Lehrplangegner in der ganzen Deutschschweiz werden.

Das weitere Vorgehen

Die Strategie: Das Volk soll nicht nur über die politische Zuständigkeit für den Lehrplan entscheiden, sondern über dessen konkrete Eckwerte. Im Aargau sollen dazu genaue Vorgaben im Gesetz definiert werden. Und in Solothurn sollen zum Beispiel Sammelfächer wie «Räume, Zeiten und Gesellschaften» nicht mehr möglich sein. Dabei orientieren sich die Solothurner Initianten an einer bereits erfolgreichen Volksinitiative aus dem Kanton Baselland. Dort ist der Widerstand gegen die jüngsten Bildungsreformen besonders gross: In den letzten fünf Jahren wurden

zwölf Volksinitiativen, drei parlamentarische Initiativen sowie Dutzende weitere Vorstösse lanciert – häufig geht es um einzelne inhaltliche Aspekte des Lehrplans 21.

Dahinter steht ein koordiniertes Vorgehen des parteiunabhängigen Komitees Starke Schule Baselland. «Mehrere Vorstösse zum gleichen Anliegen steigern die Erfolgchancen», sagt Geschäftsleiterin Saskia Olsson. Und: «Anders als die Komitees in anderen Kantonen bekämpfen wir den Lehrplan 21 nicht als Ganzes, sondern biegen ihn zurecht. Das gelang uns bisher erstaunlich gut.» Als Nächstes kommt in Baselland eine Initiative an die Urne, die Stoffinhalte und Themen anstatt Kompetenzen im Lehrplan fordert.

Die Strategie der Nordwestschweizer finden auch Komitees in anderen Kantonen erfolgversprechend, wie eine Umfrage des «Tages-Anzeigers» zeigt. Zuerst stehen nun Urnengänge in Zürich, Bern und Luzern an. Dort lautet die Forderung unter anderem, die Lehrpläne vors Volk zu bringen. Doch im Hintergrund läuft noch viel mehr: In den «Verlierer»-Kantonen der Ostschweiz sowie in Zug, Schwyz und Basel-Stadt formiert sich der Widerstand neu. Neue Initiativen werden bereits vorbereitet – und die Richtschnur sind die inhaltlichen Diskussionen über den Lehrplan in der Nordwestschweiz.

«Man darf mit uns rechnen», sagt etwa Irene Herzog-Feusi vom Schwyzer Komitee gegen den Lehrplan 21. Nachdem die erste Initiative letztes Jahr vom Bundesgericht für ungültig erklärt worden ist, trifft sich ihr Komitee aus Lehrern und Eltern nun jede Woche, um die verschiedenen Volksschulgesetze der Kantone zu studieren. Das Ziel: «Wir wollen einen schlanken Gesetzeskern definieren, der kantonsübergreifend gelten könnte. Die restlichen Bestimmungen sollen von den unnötigen Bildungsreformen bereinigt werden.» Und Herzog-Feusi spricht für alle Lehrplanegner in der Deutschschweiz, wenn sie sagt: «So schnell geben wir nicht auf.»

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/lehrplan-21-gegner-formieren-sich-zu-neuem-widerstand/story/22561792#mostPopularComment>

Schule Schweiz, 25. Januar 2017

Unzufrieden mit Zahlenbuch

Aus Gesprächen mit Müttern anderer schulpflichtiger Kinder weiss ich, dass der Unmut über das Zahlenbuch wächst. Und das Zahlenbuch entspricht bereits dem Lehrplan 21! Ein Beispiel: Der Zahlenraum wird von 1000 in der 3. Klasse auf 1 000 000 in der 4. Klasse erweitert. Zum Vergleich: Mit dem alten Lehrmittel wurde in der 4. Klasse nur bis 10 000 gerechnet. Es liegt auf der Hand, dass dieser Sprung gerade die schwächeren Kinder überfordert. Die Schere zwischen guten und schwachen Schülern wird immer grösser.

Zahlenbuch und Lehrplan 21, 25.1. von Daria Wegmüller

Wenn ich mir die Aufgaben im Zahlenbuch anschau, fällt mir auf, dass diese zum Teil sehr einfach, geradezu banal sind. Zum Teil sind sie aber so schwierig, dass die Kinder sie gar nicht selbständig bearbeiten können. So gehöre ich auch zu den Müttern, die jeden Tag mit dem Kind Aufgaben machen müssen. Was meiner Meinung nach fehlt, sind Aufgaben, bei denen die Kinder einfach „Bigeli“ rechnen können und sehen, dass sie etwas gelernt haben.

Heute ist zwar viel von selbständigem Arbeiten die Rede; angesichts der Bemühungen von uns Eltern zu Hause (und auch der Lehrkräfte in der Schule) halte ich dies jedoch für eine Augenwischerei. Ich bin der Meinung, dass die Kinder ein Rechenbuch brauchen, in dem sie wirklich selbständig üben können und sehen, dass sie Lernfortschritte machen. Es ist auch kostengünstiger ein Lehrmittel zu überarbeiten als eine weitere Schülergeneration diesem auszusetzen.

Mit dem „Aargauischen Elternkomitee für eine kindgerechte Schule“ unterstütze ich die Initiative „Ja zu einer guten Bildung – nein zum Lehrplan 21“. Unsere Kinder haben nur eine Volksschulzeit und ich bin der Meinung, dass mit der Annahme der Initiative bessere Weichen gestellt werden.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/01/unzufrieden-mit-zahlenbuch.html>

Schule Schweiz, 26. Januar 2017

Lehren aus der Berner Zeugnisposse

Ein beeindruckender Erziehungsdirektor, eine blossgestellte Expertengruppe.

Als Erziehungsdirektor Bernhard Pulver in der vergangenen Woche die endgültige Version der neuen Berner Schulzeugnisse präsentierte, dürfte manchen Leuten ein Stein vom Herzen gefallen sein. Andere wiederum mussten eine bittere Pille schlucken. Der «Bund» erinnerte: «Der Aufruhr war gross, als das Dokument vor rund einem Jahr an die Öffentlichkeit gelangte.»

Die Lehren aus der Beurteilungsdiskussion im Kanton Bern, Bund, 26.1. von Alain Pichard

Was war damals passiert? Nachdem eine Expertengruppe ein Jahr lang daran gearbeitet hatte, präsentierte am 17.2.16 ein gut gelaunter Erziehungsdirektor in einem Hearing vor rund 250 Personen deren Vorschläge. Diese wurden im Eiltempo durchgenommen, es gab lockere Sprüche und einige Konsultativabstimmungen, die allesamt positiv verliefen, und am Schluss einen grossen Applaus und ein feines Buffet.

Zwei der Teilnehmer kenne ich gut. Eine ist eine Kollegin aus unserem Schulhaus in Orpund, der andere der junge Lars Burgunder, Klassenlehrer im Raum Bern. Unsere bedauernswerte Kollegin, die von den Vorschlägen angetan war, musste sich von uns einiges an Kritik anhören. Am Schluss meinte Sie: «Es ging alles so schnell, ich war mir der Brisanz überhaupt nicht bewusst!»

Lars hingegen traute seinen Ohren nicht, als er vernahm, dass man künftig im Schulzeugnis Charaktereigenschaften der Kinder bewerten sollte. Er fand es inakzeptabel, dass man Punkte wie Pünktlichkeit, Höflichkeit und Umgangsformen, Ordnungssinn oder «Umgang mit Vielfalt» beurteilen sollte, und das auf einer Skala von 1 bis 10. Am schlimmsten empfand er den Satz: «Schülerinnen und Schüler können ihre Gefühle situationsgemäss ausdrücken.» Er schickte die Berichte an den Schulblog «Schule Schweiz» und von dort gelangte die Angelegenheit an die Öffentlichkeit.

Und jetzt aufgepasst! Ein etwas zerknirschter Bildungsdirektor gab sich nicht mal eine Woche später selbstkritisch und empfand seine eigenen Papiere als «unausgegoren». Interessant: Da entwickeln Experten ein Jahr lang ein neues Beurteilungssystem, da diskutieren Leute, die den Herausforderungen des Unterrichts stets fernbleiben, intensiv über die Ergebnisse, da werden 250 Praktiker zu einer Anhörung eingeladen und dann kommt ein kleiner kritischer Zeitungsartikel und «schwups», der verbale Rückzug, das «Sorry», das «Es war ja nicht so gemeint».

In der Vernehmlassung im Juni 2016 waren von den kritisierten Punkten nur noch wenige übrig. Und nun, am 17. Januar 2017, präsentierte unser Erziehungsdirektor das definitive Dokument, und es zeigt sich: Er hat weitere umstrittene Formulierungen aus der Vorlage gestrichen.

Was können wir aus diesem Vorfall lernen?

1. Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass der amtierende Erziehungsdirektor die beeindruckende Fähigkeit besitzt, den Menschen zuzuhören. Und er kann über seinen Schatten springen, Meinungen revidieren und – das ist das Besondere an diesem Mann – sich dann auch gegenüber seinen eigenen Leuten in der Bildungsverwaltung durchsetzen.

2. Hearings ersetzen keine Vernehmlassungen.

3. Bildungsexperten sind nicht zwangsläufig die besseren Bildungsreformer. Es waren die Stellungnahmen der Oberstufenzentren in Biel und Orpund, allesamt Praktiker, welche den Bildungsdirektor überzeugten. Die jetzige Variante entspricht ziemlich genau deren Forderungen.

4. Die definitive Version der neuen Zeugnisse kommt einer Blamage der Bildungsexperten gleich, die eine viel weitergehende Beurteilungspraxis forderten.

5. Angesichts dieser Tatsache tönt die Beschwörungsformel des Berufsverbands Bildung Bern, wonach das Volk nicht über Bildungsreformen abstimmen sondern man dies den Experten überlassen solle, ziemlich obsolet. Die Vertreter von Bildung Bern waren an der Ausarbeitung der ersten Version der neuen Zeugnisse dabei, waren nach dem Podium zufrieden, unterstützten diese Variante im Wirbelsturm der öffentlichen Kritik, waren mit der abgespeckten Variante im Juni aber auch zufrieden und sind mit der noch einmal gestrafften Endversion ebenso zufrieden. Wie sagte es der englische Dramatiker William Shakespeare einst? «Wer wohl zufrieden ist, ist wohl bezahlt.»

1 Kommentar:

Larz Wolvh, 27. Januar 2017

Schön zu wissen, dass rebellieren eben doch manchmal etwas bringt, trotz der Obrigkeit am längeren Hebel.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/01/lehren-aus-der-berner-zeugnisposse.html#more>

Zürcher Unterländer, 28. Januar 2017

NINIHO

Der neue Verein «Eltern und Bürger für eine starke Schule» will Anlaufstelle für Seehalde-Eltern und interessierte Bürger sein.

Die Einführung eines neuen Schulsystems an der Seehalde sorgte in den Gemeinden Niederhasli und Niederglatt in den letzten Jahren für viel Aufregung und Widerstand. In letzter Zeit ist es jedoch ruhiger geworden um die Sekundarschule und das umstrittene Schulsystem SOL (Selbst organisiertes Lernen.) Es mag daher auf den ersten Blick etwas überraschen, dass nun ein Verein gegründet wurde, der sich dem Thema widmet. Der Verein «Eltern und Bürger für eine starke Schule» besteht seit Oktober. Die Vorstandsmitglieder sind die ehemalige Seehalde-Lehrerin Suzanne Weigelt, der Nachhilfelehrer Thomas Baer und die betroffene Mutter Nicole Fuchs. «Wir haben gemerkt, dass bei vielen Eltern ein Bedürfnis nach mehr Information und Austausch besteht», erklärt Vereinspräsidentin Suzanne Weigelt.

Sie wollen Elternrat ersetzen

Die Eltern an der Seehalde seien untereinander kaum vernetzt. Der Elternrat sei keine echte Vertretung der Klasseneltern, sagt Weigelt. Der Verein will daher eine Ersatzplattform für den Elternrat anbieten, aber auch offensein für andere Bürger. So hätten viele Eltern von Primarschülern offene Fragen. «Wir wollen diesen Eltern aufzeigen, wie das Schulsystem läuft, und ihnen die Bezeichnungen wie Office oder Homepage erläutern», sagt Weigelt.

Nach Lösungen suchen

Entstanden ist der Verein aus der Interessengruppe Niniho (IG Schule Niniho), die in der Vergangenheit Demonstrationen organisierte, eine Aufsichtsbeschwerde einreichte und an Gemeindeversammlungen der Schule mobilisierte. Während die IG politisch aktiv sei, wolle der neue Verein einfach nur Anlaufstelle für Eltern sein. «Wir wollen auch nicht gegen das System schiesse, sondern die Anliegen der Eltern aufnehmen, herausfinden, wo es Probleme gibt, und konstruktiv nach Lösungen suchen.» Auf die Frage, wie sie die Lösungen bei den Zuständigen einbringen wolle, erklärt Weigelt: «Zum einen laufen derzeit Gespräche zwischen Vertretern der IG und der Schulpflege, zum andern könnte mit Anita Lommatzsch bald eine Vertreterin der IG in die Schulpflege gewählt werden.» Am Mittwoch fand die erste Infoveranstaltung in einem Niederhasler Gewerbehause statt. Gekommen seien nur wenige. «Wir waren eine kleine Gruppe, haben aber angeregt diskutiert.» Bei vielen Besuchern habe es sich um Eltern von Primarschülern gehandelt. «Sie waren verunsichert und wollten beispielsweise wissen, ob sich Seehalde-Schüler tatsächlich aussuchen dürfen, was sie lernen wollen.» Weigelt will den Eltern beide Seiten aufzeigen und verweist sie daher auch öfter auf die offizielle Homepage der Schule. Dass sie selber eine scharfe SOL-Kritikerin ist, daraus macht sie keinen Hehl. Schüler in diesem Alter seien überfordert, wenn sie selbst die Verantwortung für ihr eigenes Lernen übernehmen müssen. «Pubertierende Schüler brauchen eine starke Führung und Lehrer sind ausgebildete Experten für das Vermitteln von Lehrstoff.» Elf Jahre lang unterrichtete Weigelt an der Seehalde als Fachlehrerin Französisch und Englisch. Sie verliess die Schule 2012 wegen des Systemwechsels. Noch sind keine weiteren Veranstaltungen geplant. Der Verein will sich aber weiterhin als Anlaufstelle für Eltern und Bürger anbieten, betont Weigelt. Eine Vereinsmitgliedschaft sei dazu nicht notwendig. Cab

NINIHO Der neue Verein «Eltern und Bürger für eine starke Schule» will Anlaufstelle für Seehalde-Eltern und interessierte Bürger sein.

Interessengemeinschaft Schule Niederhasli Niederglatt Hofstetten

[IG Schule NiNiHo](#)

SRF, 18. Januar 2017

Digitale Revolution im Klassenzimmer

<https://www.srf.ch/news/schweiz/digitale-revolution-im-klassenzimmer>

Sehr geehrtes Rundschau-Team

mit Interesse und grosser Besorgnis habe ich Ihren Beitrag über „Medien an der Schule“ gesehen. Ich selber bin Pädagoge (mit Berufung) und kann, wie die Emmentaler Lehrer dem ganzen Medienhype wenig abgewinnen. Ich arbeite als Lehrer (nicht als Lerncoach) an einer privaten Schule und erteile sehr vielen Schülerinnen und Schülern (vornehmlich) auf der Oberstufe Nachhilfeunterricht. Meine Beobachtungen: Es fehlt sehr vielen Schülerinnen und Schülern an elementaren Grundfertigkeiten! Gewisse Schüler können weder mit einem Zirkel noch einem Geodreieck eine Konstruktion millimetergenau und sauber durchführen, eine, meines Erachtens bedenkliche Entwicklung! Handwerkliche Fähigkeiten (Feinmotorik) bleiben so fast gänzlich auf der Strecke. Das sehe ich fast täglich, wenn die Schüler eine Mathematikaufgabe korrekt (mit Lösungsweg) darstellen müssten... Leider wird bereits auf der Primarstufe kein Wert mehr auf eine anständige Heftführung gelegt; viele Lehrpersonen schauen die Hefte der Kinder so gut wie nicht an, geschweige denn, dass sie die Hefte und gelösten Aufgaben korrigieren würden.

Verstehen Sie mich richtig: Ich bin kein Verfechter der medialen Entwicklung. Dieser kann man sich, wie im Beitrag erwähnt, nicht (gänzlich) entziehen. Aber es ist eine Frage des Masses! Was nützt es einem Elektromonteur oder einem Schreiner etwas, wenn er in der Schule auf weite Strecken nur mit einem elektronischen Gerät (iPad) gearbeitet hat, in der Praxis aber nicht fähig ist, einen Hammer oder Schraubenzieher richtig zu bedienen?

Es wäre einmal interessant, der Frage nachzugehen, warum plötzlich alle von einem Lehrplan 21 reden, obwohl NIE über einen solchen abgestimmt wurde. Es wurde über HARMOS abgestimmt, das gleiche Lernziele und Schulbeginne definiert; es war aber nie von einem neuen Lehrplan die Rede. Und wenn wir schon beim „Lehrplan 21“ sind, dann müsste man sich ernsthaft die Frage stellen, wie man ohne Wissen kompetent sein kann. Wissensvermittlung ist ja gemäss Lehrplan 21 nicht mehr gefragt; dafür sollten die Schüler, möglichst noch im selbstorganisierten Unterricht, kompetent werden?

Auch hier habe ich Einblicke in diverse Sekundarschulen, die schon nach Lehrplan 21 unterrichten, obwohl dieser noch gar nicht eingeführt ist. Das Niveau dieser Schülerinnen und Schüler ist z. T. bedenklich. Ich arbeite u. a. auch mit 1. Jahr-Lehrlingen, die an der Sek Niederhasli drei Jahre lang den selbstorganisierten Unterricht erlebt haben. Eine Schülerin (übrigens war sie eine der besten ihres Jahrgangs) sagte zu mir, dass wenn sie heute frei wählen könnte, nie mehr an eine solche Schule gehen würde! Leider kommen solche kritischen Stimmen in den öffentlichen Medien selten bis nie vor! Es scheint fast so, als ob man über die heutige Schule, deren Niveau ich seit einigen Jahren im Sinkflug sehe, nicht kritisieren dürfe.

Im Aargau wurde eine Umfrage unter gut 1000 Lehrpersonen durchgeführt. Der Tenor ist klar: Die allermeisten wollen das selbstgesteuerte Lernen nicht! Interessant; auch hier wurde so gut wie nichts darüber berichtet. In der Aargauer Zeitung kam gerademal ein Vierzeiler!

Ich wünschte mir, dass im Schweizer Fernsehen noch stärker kritisch über die momentane Bildungsreform berichtet würde. In der Rundschau wurde ein Ansatz mit dem Interview im Anschluss an die Sendung vorgenommen. Interessant wäre aber gewesen, wenn auch eine kritische Stimme zu Wort gekommen wäre. Wer die mediale Entwicklung mit Vorsicht beobachtet, muss ja nicht zwingend ein „Ewiggestriger“ sein. Aber es gibt viele Schülerinnen und Schüler, die es nicht wahnsinnig toll finden, so häufig am iPad zu arbeiten. Und genau diesen Schülern müsste man genauso Rechnung tragen. Es ist auch eine Illusion zu glauben, dass die Schüler mehr, schneller und besser lernen mit den elektronischen Medien. Ich beobachte täglich das Gegenteil. Mit Stift und Heft kann Wissen viel nachhaltiger erworben werden. Das Argument, die Schüler auf die Zukunft vorzubereiten und fit zu machen, ist meines Erachtens ein trügerisches Scheinargument.

Vor allem im Spracherwerb wäre Kommunikation wichtig. Wenn aber die Schüler mit Kopfhörern bestückt Französisch oder Englisch lernen sollten, kann das gewiss nicht funktionieren. Und die Lehrperson kann nicht merken, ob ein Schüler ein einfaches Gespräch führen könnte. Die Niederhasli-Schülerin (1. Lehrjahr) kann nach 3 Sekundarschuljahren kaum ein Wort Französisch! Das müsste eigentlich zu denken geben!

Mit freundlichen Grüssen

Thomas Baer

Kindgerechte Schule, 12.26.2016

Radikale Schulreformen 2006-2016

2006 nahm das Volk den Bildungsartikel unter dem Schlagwort „Harmonisierung“ an, in der Meinung, damit würden nur Schulanfang und Bildungsziele angeglichen. Im gleichen Jahr begann ein kleines Projektteam von Experten für „Kompetenzorientierung“ mit der Ausarbeitung der Grundlagen für den Lehrplan 21. Im gleichen Jahr begann die Gemeinde Uetikon am See mit der Planung des „selbstgesteuerten Lernens“, damit die Schule im Dorf bleiben durfte. Alles Zufall? Honi soit qui mal y pense!

Natürlich wusste man damals noch nicht, dass „Harmonisierung“ eines von drei Zielen der Wirtschaftsorganisation OECD war, um den globalen Bildungsmarkt zu „öffnen“, mit der Vision, den Lehrer dereinst durch die gleichen Computerprogramme weltweit zu ersetzen. Mit dem Pisa-Schock hatte die OECD bereits eine weltweite Reformwelle in Gang gesetzt, bei der die traditionellen Bildungssysteme mit der OECD-Kompetenzorientierung ersetzt wurden, was allerdings im Pisa-Ranking zu einer Abwärtsspirale (Beispiel Finnland, Neuseeland usw.) führte, die immer weitere Reformen auslöst. Selbst heute weiss kaum jemand, dass die OECD-Kompetenzorientierung (nach Weinert) mit dem „selbstgesteuerten Lernen“ in den Grundlagen des Lehrplans 21 als die alleinige „zeitgemässe“ Methode verankert wurde. Damit werden Klassenunterricht, Methodenfreiheit und Lehrer durch das selbstgesteuerte, individuelle Lernen mit Computerprogrammen abgelöst.

Zehn Jahre später: 2016 ebnet die Schweizerische Lehrerdachorganisation LCH mit ihrem Leitfadens „Externe Bildungsfinanzierung“ den globalen Bildungskonzernen den Weg ins Klassenzimmer. Im Oktober 2016 kündigte die Bundesbildungsministerin Johanna Wanka den „Digitalpakt#D“ an: 40.000 Schulen in Deutschland sollen in den nächsten fünf Jahren mit Computern und WLAN ausgestattet werden. Im „Gegenzug für die finanzielle Unterstützung“ werden Zugeständnisse eingefordert, die einen massiven Eingriff in das Berufsbild und das Selbstverständnis des Unterrichts bedeuten. Lehrerinnen und Lehrer sollen z. B. für den Einsatz digitaler Medien im Unterricht ausgebildet werden. Das verkürzt auf digitale statt allgemein „Medien im Unterricht“. Zugleich wird Digital- als Medientechnik im „Unterricht“ verpflichtend vorgeschrieben (siehe Analogie zum Lehrplan 21), was ein direkter Eingriff in die Lehr- und Methodenfreiheit der Lehrenden ist.

2016 sind bei den Lehrplan 21-„Versuchs“schulen wie der Sek Ossingen Lehrer und Klassenunterricht abgeschafft. „Lernbegleiter“ und „Lernende“ sitzen meistens vor Computer und Tablet. Der isolierte digitale Monolog wirkt sich besonders verheerend auf die Sprachfächer aus. Im gleichen Jahr stürzt die Schweiz bei Pisa überall ab, 20% der Schulabgänger sind kaum mehr vermittelbar, weil ihnen Grundkenntnisse fehlen. Zufall oder schlechtes Omen?

Die neoliberale Ökonomisierung (Privatisierung) der Bildung ist in den letzten zehn Jahren weiter fortgeschritten: Die Umsätze des globalen Bildungsmarktes sollen von 4.5 Billionen im Jahr 2012 auf 6.4 Billionen USD im 2017 gesteigert werden.

<http://forum.kindgerechte-schule.ch/showthread.php?tid=2062>

NZZ am Sonntag, 29.01.2017

Wir brauchen klare Worte, keine leichte Sprache

Das Konzept «Leichte Sprache» ist gut gemeint, aber leider schon im Ansatz falsch. Behörden sollten mit ihrer Sprache die Wirklichkeit nicht vereinfachen, sondern klarer machen,

findet Ludwig Hasler

Klipp und klar, träf und wahr» hiess das Heft, mit dem wir Schüler trainierten, was man damals «Wortschatz» nannte. Täglich 15 Minuten. Der Lehrer rief «still», wir brüllten «ruhig», der Lehrer rief «ruhig», wir schrien «leise». Der Lehrer erklärte die Nuancen, Stille sei mehr innerlich, Ruhe mehr äusserlich, das Leise eher akustisch, oder andersherum, wir folgten ihm, so gut wir konnten. Es ging um nichts als Worte – und doch ahnten wir, dass es in der Sprache um weit mehr geht: um den sagenhaften Variantenreichtum, den das Leben hergibt, wenn wir aufmerksam mit ihm sprechen.

Je reicher die Sprache, umso bunter die Welt der Dinge, die Welt der Empfindungen. Sprache ist mehr als Vehikel für Mitteilungen. Sie benennt nicht erst, was wir wahrnehmen, sie zaubert Bedeutungen hervor. Sprache zeugt Welt. Kurz – mit Ludwig Wittgenstein: Die Grenzen meiner Sprache sind die Grenzen meiner Welt. Leichte Sprache? Klare Worte!

Wie passt das pädagogische Konzept «Leichte Sprache», das in der letzten Ausgabe dieser Zeitung vorgestellt wurde, da hinein? Seine Anwälte argumentieren so: Unsere komplexe Welt überfordere die Sprachkompetenz vieler, die trotzdem am kollektiven Gespräch teilhaben wollen und sollen; also brauche es den «barrierefreien Zugang» zu Informationen, eine Sprache ohne Genitiv und Konjunktiv, ohne Passiv und Synonym, ohne detaillierte Angaben: Alexander Fleming kam dem Penicillin nicht 1928 auf die Spur, sondern «vor langer Zeit». Ganz viele Piktogramme.

Sprache auf Schwundstufe. Wem bringt die was? Mehr kommunikativen Anschluss den Behinderten? Mehr Komfort den Bequemen, denen sowieso schon alles zu anstrengend, zu kompliziert ist? Mehr Illusion den Komikern, die unbedingt Karriere machen wollen, aber zu faul sind, je etwas anderes zu lesen als «20 Minuten»? Die Komplexität der Welt können wir nicht auf jede Sprachkompetenz herunterbrechen. Pädagogisch mag sich reimen: Je schwieriger die Welt, desto leichter – bitte! – die Sprache. Tatsächlich gilt: Versimpeln wir die Sprache, bagatellisieren wir die Wirklichkeit. Das ist nicht anders bei den Summaries, in die Shakespeares Dramen extra für Leseunwillige verdünnt werden. Wem hilft es, wenn wir jede Schwäche erleichtern – statt stärken? Ich zum Beispiel höre nicht mehr so gut, gehe trotzdem gern in Konzerte, ich liebe Gustav Mahler. Soll ich jetzt «Leichte Musik» fordern, Mahler-Konzerte für Schwerhörige, die ganze Partitur in mittlere Tonlagen transponiert, für begrenzte akustische Kompetenzen?

Jetzt aber konstruktiv. Könnte es sein, dass manche von «leichter» Sprache reden – und eine «klare» meinen? Auch Klarheit macht Sprache leichter – aber aus der Sache heraus; sie arbeitet an der Sache, bis diese selber spricht, unverstellt. Die Erleichterungs-Offerte kümmert sich um keine Sache, sie senkt die Schwelle des Zugangs, verlangt open access, ohnehin das Schlagwort der Stunde, müheloses Andocken an Informationsströme. Vielleicht käme sie ihrem pädagogischen Ziel näher, sorgte sie sich nicht allein um die Leichtigkeit des Empfangs, sondern um die sprachliche Klarheit der Sendung. Da hapert es nämlich, und das ist ein Problem nicht nur für manche mittlere Sprachkompetenz, sondern für die Fitness der Republik.

Nehmen wir eine harmlose Mitteilung, wie sie täglich kursiert: «Dass längerfristig, primär aus Gründen der demografischen Alterung, ein finanzieller Mehrbedarf droht, hat der Bundesrat nicht in Abrede gestellt.» Das sind so Sätze, die tropfen bei den meisten ab. Typisch Sprachbeamte, beginnen mit dem Nebensatz, verschachteln den Rest und vernebeln, statt zu klären. «Längerfristig»? Noch länger als langfristig? «Primäre Gründe der demografischen Alterung»? Altert

nun bereits die Demografie? Jedenfalls droht ein «finanzieller Mehrbedarf». Wie ein Gewitter. Es blitzt, es donnert, es stürmt – es droht der Mehrbedarf. Reine Meteorologie. Macht des Schicksals. Was sagt der Bundesrat dazu? Stellt «nicht in Abrede». Aber auch nicht in Zurede, oder so? Was ist nun – sagt der Bundesrat Ja oder Nein?

Man muss gar nicht erst die Migranten bemühen, um sich zu fragen: Ist diese Offizialsprache – Stanzwörter, Leerformeln, Nebelpetarden – Information oder doch eher Einschüchterungsprosa? Der Bürger versteht Bahnhof – und hängt ab. Mehr Leichtigkeit holt ihn auch nicht zurück. Da müssen vielmehr klare Worte her. Die Welt beschreiben als umstrittenes, also komplexes Drama, jedoch so, dass alle sich darin als Akteur sehen können. Also in einer Sprache, die Laien verständlich wird. Der Laie, sagte Max Frisch, das ist ein Mensch, der sich in seine eigenen Angelegenheiten einmischt.

Bei Max Frisch, übrigens, lässt sich die Kunst der klaren Worte prima lernen.

NZZ am Sonntag, 29.01.2017

1 Milliarde in der Bildung weggespart

René Donzé

Innert fünf Jahren dürfte in der Bildung in der Schweiz mehr als eine Milliarde Franken eingespart werden. Auf diese Zahl für die Jahre 2013 bis 2018 kommt die SP Schweiz in einer Erhebung. Dabei kombiniert sie Zahlen des Lehrerverbandes Schweiz mit eigenen Erhebungen. Nicht eingerechnet sind dabei Einsparungen auf Bundes- und teilweise auf Gemeindeebene. «Diese Massnahmen sind oft absurd und verschlechtern die Qualität der Schule», sagt der Walliser SP-Nationalrat Mathias Reynard. Dabei handelt es sich etwa um Lohnreduktionen für Lehrer, Aufhebung von Halbklassenunterricht oder den Abbau von Unterstützungsmassnahmen für schwache Schüler. Er befürchtet, dass sich die Situation noch verschärft, sollten die Unternehmenssteuerreform III angenommen werden und deswegen die Steuereinnahmen sinken.

Für Silvia Steiner, Präsidentin der Erziehungsdirektorenkonferenz, ist die Aufstellung mit Vorsicht zu lesen. «Sparen im Bildungsbereich ist nie einfach. Die Sparprogramme in den einzelnen Kantonen lassen sich so auch nicht einfach vergleichen», sagt die Zürcher Bildungsdirektorin. «Ich kann lediglich für den Kanton Zürich sagen, dass es Sinn macht, in Zeiten knapper Finanzen, die Leistungen zu überprüfen und sich zu fragen, was man noch braucht und was man weglassen könnte.» Grundsätzlich sei der Bildungsplatz Schweiz heute gut positioniert.

Thesen zu linker Bildungspolitik

Wie der Titel dieser Thesen nahelegt, stehen hier nicht der Lehrplan 21, die PISA-Studien oder BOLOGNA als einzelne Reformprojekte bzw. -konzepte zur Diskussion. Unsere kritischen Überlegungen betreffen die gesamte Bildungsentwicklung in der Schweiz wie im übrigen Europa. Diese hat Grundlegendes im Verständnis, was Bildung ausmacht und was sie ermöglicht - sowohl für den Unterricht selbst wie für die Lehrerbildung und die Aufsicht über das, was in der Schule geleistet wird - umgewälzt.

Thesen für das Podium "Linke Bildungspolitik im Zeitalter von BOLOGNA, HarmoS, Bildungsstandards und Lehrplan 21", von Beat Kissling, 15.1.

1. Die schleichende neoliberale Revolution im Bildungswesen führt(e) von der Republik zur Herrschaft der Experten

Nach dem Sieg der Marktwirtschaft mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich ein neoliberales Verständnis durchgesetzt, welches Demokratie und Marktwirtschaft praktisch gleichsetzt. Fast alle öffentlichen Institutionen unseres Staates (der Service public) wurden seither von dieser Ideologie erfasst und entsprechend umgestaltet. Besonders deutlich erkennbar ist dies im Gesundheits- und bei unseren Bildungswesen. Alle kennen die berühmten „Fallpauschalen“, den Trend zur Privatisierung der Spitäler und den Institutionen der Gesundheitsversorgung sowie die Vorherrschaft der Gesundheitsökonominnen vor medizinischen Fachleuten. Die Schulen wurden zu „Betriebseinheiten“ (Corporate Identities), die sich auf einem „Bildungsmarkt“ behaupten müssen umdefiniert, die Schüler und Eltern zu Kunden und die öffentlichen Verwaltungen gemäss New Public Management zu regelrechten CEOs, die die Entwicklung der Schulen heute steuern – vieles als Folge der Umwälzungen des Ökonomen und früheren Zürchers Bildungsdirektor Ernst Buschor. Die demokratische Aufsicht der Schule ist unter dem Schlagwort der „Professionalisierung“ zur Makulatur verkommen. Inzwischen steuert eine Expertokratie-Kaste die Schulentwicklung, die - wie alt SP-Nationalrat Hans Zbinden aufzeigt - Reform über Reform an Parlamenten und Bevölkerung vorbei implementiert.

2. Die BOLOGNA-Reform, PISA, HarmoS und der Lehrplan 21 tauschen ihr republikanisches gegen ein utilitaristisches Bildungsverständnis

Der Lehrplan 21 dient ebenso wenig der Harmonisierung unseres Schulsystems wie die BOLOGNA-Reform der Mobilität der Studierenden geholfen hat. Eine Allianz aus Politik, Verwaltung und Teilen der Wissenschaft hat den Auftrag der Harmonisierung zum Vorwand genommen, um eine unmittelbare politische Steuerung und Kontrolle des Unterrichts zu etablieren und sorgt gleichzeitig für die Auftragssicherheit der Bildungsfunktionäre in den Steuerungszentralen unserer Bildungsverwaltung, für die Weiterbildungsinstitutionen an den Pädagogischen Hochschulen, für die Schulberatungs- und Lehrmittelindustrie. Seit der Einbindung der Schweiz in die PISA-Studien (OECD-Regime) im Jahre 2000 wurde die gesamte Bildungsarbeit von der „Input“- zur „Output-Orientierung“ transformiert. Dieser Paradigmenwechsel beinhaltet eine Entpersonalisierung sowie eine Banalisierung bzw. Entsachlichung des Unterrichts. Die sogenannte „Kompetenzorientierung“ hat kein anderes Ziel als das Verfügbarmachen dessen, was in der Schule gelernt wird. Sie dient der permanenten Vermessung der Schülerleistungen, marktgängigen Schulvergleichen und Rankings – im betriebswirtschaftlichen Jargon - zur Generierung von „Steuerungswissen“ für die CEOs in den NPM-Verwaltungen.

3. Die Kompetenzorientierung als Kern der angelsächsischen „Output“-Reform wird den Unterricht verändern

Überall, wo die Kompetenzorientierung eingeführt wurde, verändert sich der Unterricht ganz erheblich. Um dies feststellen zu können, braucht man nicht in die USA zu gehen. In vorerst abgeschwächter Form sehen wir die negative Entwicklung auch schon in Deutschland. „Teaching to the Test“ repräsentiert die neue „Schulkultur“, die die Lehrpersonen zwingt, auf selbstverant-

wortete Inhalte sowie zunehmend auf Methoden- und Lehrmittelfreiheit zu verzichten. Pädagogik und Didaktik verschwinden ohnehin in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften immer mehr zugunsten von Management-Schulung und dem Aufbau von technokratischen Verwaltungskompetenzen.

Die von unseren linken MandatsträgerInnen immer wieder kolportierte Floskel, wonach man derartige Entwicklungen in der Schweiz auf keinem Fall beabsichtigte, ist naiv. Wer Vergleichbarkeit will, muss Standards haben. Und wer Standards will, muss diese überprüfen. Und wer diese überprüfen will, braucht Tests. Und wer vergleichende Tests will, benötigt Kompetenzen. Deshalb liest sich der ganze Lehrplan auch wie ein Testbuch.

Mit der Umstellung der Hochschulbildung auf das US-Modell BOLOGNA hat sich der Charakter des Studiums und der Forschung in zweifacher Hinsicht verlagert: bei den Studierenden in Richtung Zeitoptimierung, Effizienzsteigerung beim Sammeln von Credits, „*Bulimielernen*“; bei den Lehrenden in Richtung Optimierung der Publikationslisten, Ringen um Sponsoringangebote, Geschäftstüchtigkeit usw. Die eigentlichen Studieninhalte verlieren dabei an Bedeutung.

4. Das neoliberale Menschenbild der OECD bedroht ein elementares soziales Gut im Schulwesen: die Chancengleichheit

Aus Sicht der OECD stellt die demografische Entwicklung weltweit ein rein ökonomisches Problem dar. Bildung muss dementsprechend als Frage der Humankapitalnutzung gesehen werden. Anstelle von Chancengleichheit - sie wird im neoliberalen Denken als *unnatürlich* abgelehnt - wird neu der Terminus *Chancengerechtigkeit* postuliert. Zufall?

Wohl eher ein Euphemismus für die inhumane Vorstellung, die Verantwortung für das Fortkommen der Schülerinnen und Schüler solle diesen (vom ersten Schultag an) selbst übertragen werden. Jeder Schüler könne somit als ‚Manager‘ seiner persönlichen Entwicklung seinen Marktwert selber steuern – halte also sein Schicksal in eigenen Händen. Lehrpersonen sollen in ihrer neuen Rolle als Coaches und Moderatoren diese Schüler-Selbststeuerung ‚begleiten‘.

Der Systemwechsel zum vorwiegend selbstorganisierten, individualisierten Monaden-Lernen hat hochselektionierenden Charakter, zumal sich von Beginn an in jeder Klasse eine grosse, sich schnell ausweitende Leistungsschere auftut. Ein solch sozialdarwinistisch anmutendes System widerspricht zutiefst dem humanistischen, integrativen Schul- und Bildungsverständnis der Schweiz, ja auch der anderen europäischen Länder. In Europa wurde bis anhin „Volksbildung“ sehr ernst genommen, indem besondere Anstrengungen zur Sicherung der Chancengleichheit für alle Schüler unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, unternommen wurden.

5. Diese OECD-inspirierte Schule strebt *Anpassung statt Mündigkeit* an

Die kritischen Stimmen von Erziehungswissenschaftlern in der Schweiz, Österreich und Deutschland sprechen von einer „*Gesinnung der Anpassungsbereitschaft*“, die mit der OECD-Bildung gefördert wird. Republikanische Bildungsziele wie Mündigkeit und Befähigung zu eigenständigem Urteil werden ausgetauscht gegen Fähigkeiten des nützlichen Könnens, insbesondere in Form von „Methodenkompetenz“, die für das Leben verwertbar sei im Unterschied zum traditionellen Wissen mit schnellem Verfallsdatum. Inhalte sind dementsprechend bestenfalls sekundär. Ob Goethe gelesen wird oder eine Seite in einem Klatschblatt spielt keine Rolle. Verstehen und Reflektieren verlieren ihre Bedeutung zugunsten von Methodentraining im Hinblick auf Tests, die eben keiner Einsicht oder Sinnerkenntnis bedürfen, da es nicht mehr darum geht, die Schüler mündig, sondern stattdessen ‚für das Leben‘ tauglich zu machen – was immer das effektiv bedeuten soll.

Sekundiert wird dieser Trend zum kompetenztheoretischen ‚Verkleinern‘ der Bildung durch eine chronische „Innovationsrhetorik“ und eine „Neo-Manie“ an den Pädagogischen Hochschulen, bei den testorientierten Erziehungswissenschaftlern sowie an den ‚geleiteten Schulen‘. Dort tönt es so, als ob etliche Dozenten regelmässige Bonuszahlungen von der OECD erhielten. Der „herkömmliche“, sogenannt lehrerzentrierte Unterricht wird schlechtgeredet, obwohl sämtliche seriöse Unterrichtsforschung die Lehrperson als entscheidendsten Faktor für den Lernerfolg der Schüler ausweist.

Die Tatsache, dass nur sehr wenige Lehrpersonen es wagen, öffentlich Fragen zu diesen Entwicklungen zu stellen oder sich kritisch zu äussern, zeigt, dass mittlerweile eine autoritäre Stimmung das demokratische Schulklima bestimmt. Dabei spielt das seit Buschor etablierte betriebswirtschaftliche Kontrollsystem in den Schulen eine zentrale Rolle.

6. Die OECD dient grossen privaten Bildungskonzernen und untergräbt das „Erfolgsmodell Schweiz“

Die hohe Lebensqualität und die allgemeine Zufriedenheit der Schweizer Bevölkerung beruht auf den Elementen der direkten Demokratie verknüpft mit einem hochstehenden Service public - also auch einem besonders erfolgreichen öffentlichen Bildungswesen und einer auf Ausgleich gerichteten Wirtschaftspolitik. Obwohl die OECD kein spezielles Mandat gegenüber der Schweiz innehat, spielt sie sich als die normgebende Bildungsautorität auf, dies sogar weltweit. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist es ihr gelungen, den Widerstand der europäischen Länder zu brechen, die sich viele Jahre dem angelsächsisch dominierten OECD-Zugriff zu entziehen vermocht hatten. Mit PISA realisierte sie ihren Durchbruch.

Bekanntlich wird auf globaler Ebene (WTO, USA und EU) versucht, durch Freihandelsverträge wie GATS oder TISA die öffentlichen Dienste der Länder, auch der Schweiz, dazu zu zwingen, privaten Investoren Tür und Tor zu öffnen. Universitäten, Hochschulen, aber auch gewöhnliche Schulen hängen bereits am Tropf von Sponsoren und Investoren, die immer mehr Einfluss auf die Schul- bzw. Bildungsentwicklung nehmen – alles zumeist gänzlich intransparent.

Dieser Vormarsch der „*Global Education Industry*“ wird von der OECD nachhaltig vorangetrieben, siehe den „Global Education Industry Summit“ in Helsinki im Oktober 2015, wo Konzernleitungen mit Bildungsministern zusammengebracht wurden – ein ähnliches Tête-à-Tête des Big Business mit Regierungspersonen wie aktuell in Davos, in Helsinki einfach konzentriert auf Schule und Bildung.

7. Die progressive Rhetorik wirkt antiaufklärerisch und ebnet einem totalitären Anspruch den Weg

Bildungssprachrohre der Linken haben die Meinung verbreitet, der Lehrplan 21 enthalte progressive Ziele, z.B. die Förderung einer Haltung ökologischer Nachhaltigkeit. Es ist nicht Aufgabe unserer Schule, wie dies mit der Messung überfachlicher Kompetenzen angelegt ist, Gesinnungen zu erzeugen. Wird alles, auch z.B. die Bekundung des guten Willens, als prüf- und messbare Kompetenz bewertet, dann enden wir bei einem Erziehungsbegriff mit totalitärem Anspruch. Die bedeutendste Haltung, die mit diesem PISA-Abklatsch garantiert gefördert wird, ist eine unpersönliche, entsolidarisierte, antirepublikanische Mentalität des reinen Nützlichkeitsdenkens.

Der Lehrer, der seine Aufgabe, jedem Kind möglichst umfassend gerecht zu werden, ernst nimmt, kann sich nicht darauf zurückziehen, seine Schüler mittels detailliertestem, vorgefassten Beobachtungsbogen zum Ankreuzen ‚ganzheitlich‘ zu erfassen (diagnostizieren) und sie dann lediglich als distanzierter Beobachter nur noch zu ‚beraten‘ oder zu ‚coachen‘. Dies ist angesichts der Individualität der Schüler und der gänzlich verschiedenen Vorgeschichten der Kinder zynisch.

Das Kind soll stattdessen gefördert, gefordert und so viel als nötig unterstützt werden, sodass es lernen kann, frei und in Kooperation mit anderen über seine Entwicklung selber zu bestimmen. Die Zusammenarbeit des Lehrers mit der Klasse als Gemeinschaft behält als Modell demokratischen Handelns durch die geteilte, gleichwertige Aufmerksamkeit und Hinwendung zu einer Sache eine hohe Priorität.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/01/thesen-zu-linker-bildungspolitik.html#more>

20Minuten, 18. Januar 2017

Convenience-Food für Kinder

«Gewisse Eltern schauen lieber TV, als zu kochen»

von Camille Kündig

Immer mehr Eltern setzen bei der Ernährung ihrer Kinder auf Fertigprodukte. Viele Jugendliche können deshalb nicht richtig kochen.

Gewisse [Eltern verordnen ihren Kindern Diäten oder eine vegane Ernährung](#), andere hingegen greifen immer öfter zu Fertigprodukten. Die Folge: Viele Jugendliche beherrschen das Einmal-eins des Kochens nicht.

Manche Eltern bestellen das Essen für die Familie auch online

Beim Lieferservice Foodarena.ch wird seit Jahren eine starke Zunahme an Bestellungen verzeichnet. Geschäftsführer Karim-Alexandre Koubâa-Olesen sagt: «Insbesondere am Sonntag bestellen viele Familien bei uns, wohl um den Sonntagabend gemütlich verbringen zu können.» Ein Grund sei wohl auch, dass innerhalb der Familien immer öfter verschiedene Ernährungstypen zu finden sind. «Der Aufwand ist dadurch umso höher, da verschiedenste Gerichte gekocht werden müssen.»

Auch bei Eat.ch nehmen die Bestellungen zu. «Wir haben einen monatlichen Zuwachs von rund 25'000 Neukunden», sagt Dominic Millioud, Country Manager Schweiz. Auch wenn keine detaillierten Aussagen gemacht werden können, befänden sich darunter bestimmt auch viele Familien.

[In Deutschland ist die Neigung, Fertigprodukte zu konsumieren, deutlich gestiegen \(von 32 Prozent im Jahr 2015 auf 41 Prozent Ende 2016\)](#). Vor allem Eltern trauen sich offenbar nicht mehr zu, ihren Kindern das Kochen beizubringen und wünschen sich Kochunterricht in den Schulen – wie hierzulande.

In der Schweiz zeigt sich eine ähnliche Entwicklung: Ob bei Aldi, Coop, Denner oder Migros: Die Nachfrage nach Produkten, die sofort genossen oder ohne grossen Aufwand zubereitet werden können, nimmt zu. Oliver Frommenwiler, Sprecher bei Aldi Suisse, sagt: «Neben Fertigprodukten sind zunehmend auch fertig gewaschene Frischsalate oder portioniertes frisches Obst sehr gefragt.» Diese Produkte scheinen auch bei Eltern gut anzukommen.

«Viele Eltern kochen aus Bequemlichkeit nicht»

Stefanie Bürge, Ernährungsberaterin BSc BFH, sagt: «Es ist deutlich zu beobachten, dass junge Eltern heute schneller zu Fertigprodukten greifen.» Viele würden sich für Chicken Nuggets oder Fertigpizzas entscheiden, eine grosse Anzahl aber auch für gesündere Alternativen wie bereits gewaschenen und geschnittenem Salat oder Gemüsetiefkühlkost.

Der Hauptgrund dafür sei wohl der ständige Zeitdruck, der heute herrsche, so Bürge. «Viele junge Väter wie Mütter sind heutzutage berufstätig. Da fehlt es oft schlicht an der Zeit, täglich frische Gerichte zuzubereiten.» Doch auch eine gewisse «Bequemlichkeit» spiele eine Rolle. Fertigprodukte oder Produkte, bei denen ein Verarbeitungsprozess bereits gemacht wurde, seien da natürlich verlockend.

«Manche Jugendliche können nicht mal mehr eine Zwiebel schneiden»

Bürges Tipps an Eltern unter Zeitdruck: Fertigprodukte mit frischen Lebensmitteln kombinieren. «Zum Beispiel eine Fertiglasagne mit frischem Salat, Gemügestängeli oder eben Tiefkühlgemüse servieren.» Die beste Lösung sei es aber, an den arbeitsfreien Tagen für die Woche frische Produkte vorzukochen.

Dabei sei es wichtig, die Kinder in die Speisenzubereitung einbeziehen. Bürge bietet auch Kochkurse für Jugendliche an. Es sei erschreckend, wie viele nicht mehr kochen könnten. «Gewisse Teenager sind nicht mal mehr imstande, eine Zwiebel zu schneiden.»

«Dem Kind dann das Kochen beizubringen, ist für manche ein zusätzlicher Aufwand»

Franziska Peterhans, Zentralsekretärin des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH, kann diese Entwicklung bestätigen: «Es ist sicher so, dass viele Schüler heute weniger gewandt im Kochen sind. Viele wissen auch nicht, wann welches Gemüse oder welche Frucht reif ist.» Umso wichtiger sei es, dass in den Schulen das Fach Wirtschaft – Arbeit – Haushalt unterrichtet werde.

Auch Kathrine Balsiger, Präsidentin der LCH-Fachkommission Hauswirtschaft, macht bei ihrer Arbeit ähnliche Erfahrungen mit gewissen Schülern. «Es gibt aber auch Schüler, die dank dem Internet und den damit gut zugänglichen Informationen Nahrungsmittel trotzdem zubereiten und sich Wissen aneignen.» Balsiger beobachtet auch, dass zum Beispiel Abwaschen oder Wischen nicht einfach bei allen abgerufen werden kann. «Dafür schaffen es die Jugendlichen oft, gewisse Elektrogeräte oder Koch-Apps schnell und ohne Bedienungsanleitung zu nutzen.»

Ernährungsberaterin Sonja Ricke stellt fest: «Heute schauen manche Eltern lieber eine Kochsendung als selber zu kochen.» Viele Leute hätten durch Zeitmangel auch einfach andere Prioritäten. «Dem Kind dann das Kochen auch noch beizubringen, ist für manche ein zusätzlicher Aufwand.»

«Kochen wäre für Kinder eine gute Vorbeugung für Beziehungsstörungen»

Viele Eltern wenden sich bezüglich der Ernährung ihrer Kinder auch oft mit Fragen an Beratungsstellen. Sabine Knoesels von der Elternberatungsstelle Basel-Stadt (Basler Fachstelle für Eltern mit Kindern von 0 bis 5 Jahren) sagt: «Gesunde Ernährung ist bei uns oft ein Thema.»

Bei der Eltern-Beratungsstelle Pinocchio in Zürich stellt Stellenleiterin und Jugendpsychologin Christina Häberlin fest, dass vor allem in Notlagen allgemein weniger innerer Raum für gemeinsame Aktivitäten, so auch Kochen, bestehe. «Dabei ist das Kochen mit den Kindern als gemeinsames kreatives Tun eine gute Vorbeugung für Beziehungsstörungen», sagt Häberlin.

In der Tat könnten die Kinder durch das gemeinsame Kochen Selbstwirksamkeit, Teamarbeit und Lob von den Essenden erfahren. Weiterer Pluspunkt gemäss Häberlin: «Das Kind übt mathematisches Basiswissen ein, ohne es zu merken!»

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/15910046>

20Minuten, 25. Januar 2017

«Manche Eltern machen ihre Kinder zu Kranken»

von B. Zanni

Jugendliche beantragen zunehmend Invalidenrenten. Laut einem Pädagogen steckt oft erzieherisches Versagen dahinter.

Die Kurve der IV-Gesuche von Jugendlichen in der Schweiz steigt steil an. So erhöhte sich etwa im Kanton Luzern zwischen den Jahren 2013 und 2015 die Anzahl der IV-Anträge um fast 248. Vermehrt sind psychische Erkrankungen und Autismus Gründe. Philipp Suter, pädagogischer Leiter einer Jugendbewährungshilfe in Baar, sieht das Übel jedoch oft in der eigenen Familie: «Manche Eltern machen ihre Kinder zu Kranken, weil sie sie nicht adäquat erziehen und ihre Talente nicht fördern.»

Ihm seien aus seiner praktischen Erfahrung etliche Fälle bekannt, in denen die Eltern ihren Kindern nach einem Lehr- oder Schulabbruch ein zu langes Time-out gewährt hätten, das sie in eine Abwärtsspirale getrieben habe. «Die Jugendlichen sitzen wochenlang zu Hause herum und haben immer weniger Selbstvertrauen. Die Eltern sind ohnmächtig und es dauert nicht lange, bis sie den Sohn oder die Tochter zum Therapeuten schicken, der bestimmt auch irgendeine Krankheit diagnostiziert.»

«Eltern trauen sich nicht mehr, Grenzen zu setzen»

Laut Suter unterlassen es viele Eltern, das Potenzial ihres Kindes zu fördern. «Sie haben mit ihren Kindern ein freundschaftliches Verhältnis und trauen sich nicht mehr, etwas einzufordern oder Grenzen zu setzen.» Als «besten Beweis» dafür, wie wichtig die elterliche Unterstützung sei, führt er das Beispiel eines 19-Jährigen mit einer Lernbehinderung an. «Als ich in der Zusammenarbeit erfuhr, dass der auch geistig etwas eingeschränkte Jugendliche kein IV-Bezüger ist, staunte ich.»

Nur weil die Eltern ihn gezielt gefördert und motiviert hätten, habe er keine IV-Unterstützung benötigt. «Der Wille des Jungen war dadurch so gross, dass er eine Lehre mit eidgenössischem Berufsattest abschliessen konnte und jetzt in der Hausbäckerei eines Grossverteilers arbeitet.»

«Eltern wollen nur das Beste»

Auch Urs Kiener, Jugendpsychologe bei Pro Juventute, stellt fest, dass Eltern zunehmend dazu neigen, ihren Kindern sämtliche Aufgaben und Verantwortung abzunehmen. «Es beginnt beim Zwölfjährigen, dem die Eltern noch die Schuhe binden oder den Schulthek packen.» Auf diese Weise verbauten sie den Weg in die Unabhängigkeit. «Das kann dazu führen, dass Jugendliche schnell aufgeben, wenn in der Schule oder in der Lehre etwas nicht klappt.» Den Eltern alleine könne man aber nicht die Schuld für die steigende Zahl von jugendlichen IV-Gesuchstellern in die Schuhe schieben. «In der Regel wollen sie für ihr Kind nur das Beste.»

Behindertenorganisationen unterstützen diese Argumentation nicht. Es könnten nicht alle jugendlichen IV-Gesuchsteller in einen Topf geworfen werden, sagt Anita Biedermann Kaess, stellvertretende Geschäftsleiterin von Pro Mente Sana. «Tatsächlich gibt es viele psychische Erkrankungen wie Schizophrenie und Persönlichkeitsstörungen, die erstmals im Jugendalter auftreten.» Zudem erlebten sie in den Beratungen sehr viele Eltern, die sich für ihre Kinder stark engagierten.

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/30079781>